

Festnahmen wegen Selbstverbrennungsabsicht und angeblicher Beeinflussung aus dem Ausland

Die chinesischen Behörden behaupten, sie hätten einen Tibeter wegen versuchter Selbstverbrennung und einen anderen wegen Aufhetzung zu diesem Protest festgenommen.

Auf einer staatlich betriebenen tibetisch-sprachigen Website war zu lesen, die zwei Tibeter seien in einem Hotel in der Stadt Rongwo in der TAP Malho, wo es zu zahlreichen derartigen Protesten gekommen war, festgenommen worden. Chinesische Sicherheitskräfte in Thongren hätten die Festnahmen am 19. November vorgenommen und einen Benzinkanister sowie Baumwolle in dem Zimmer konfisziert. Namen und Personalien der zwei Tibeter wurden nicht genannt.



Große Buddhastatue vor dem Kloster Rongwo in Rebkong

Es steht da, daß die wegen „Aufstachelung“ zu dem Feuerprotest festgenommene Person 2005 nach Indien geflohen und 2011 zurückgekehrt sei. Und in Indien habe sie enge Kontakte zum Tibetischen Jugendkongreß gepflegt, der größten Exilorganisation, die die Unabhängigkeit für Tibet propagiert.

Die chinesischen Behörden machen regelmäßig die Exiladministration und den Dalai Lama die Welle der Feuerproteste verantwortlich.

Zu Beginn des Monats forderte die Tibetische Zentralverwaltung China auf, Beweise für ihre Behauptungen vorzulegen, nachdem die Behörden einen Mönch und seinen Neffen unter der Anklage, auf Instruktion des Dalai Lama acht Tibeter zur Selbstverbrennung getrieben zu haben, festnehmen ließen.

„Wenn China wirklich wünscht, daß die Selbstverbrennungen ein Ende finden, sollte es, statt die Schuld anderen in die Schuhe zu schieben, internationalen Gremien ungehinderten Zugang zu den tibetischen Gebieten gewähren, damit sie die Ursachen für diese Selbstverbrennungen an Ort und Stelle erforschen können“, sagte Dr. Lobsang Sangay, das gewählte Oberhaupt des tibetischen Volkes.

Die chinesischen Behörden in der Gegend von Malho setzten vergangenen Monat Belohnungen in Bargeld für diejenigen aus, „die Verbrechen im Zusammenhang mit den Selbstverbrennungen „aufdecken“, und richteten ein Ultimatum an diejenigen, die „Fehler begingen“, sich freiwillig zu stellen.

Trotz wiederholter internationaler Appelle zur Zurückhaltung und einer Überprüfung seiner Tibetpolitik verschärfte China kürzlich seine Haltung gegenüber den Selbstverbrennungen mit der Drohung, daß gegen einen jeden, der bei der Mithilfe oder Anstachelung zu derartigen Taten gefaßt werde, Anklage wegen Mordes erhoben würde.

Die Vereinten Nationen, die Europäische Union und Staaten wie die USA, Kanada und Großbritannien machten Chinas Politik für eine Verschlimmerung der Lage in Tibet verantwortlich und drängten Peking, den Beschwerden der Tibeter ein Ohr zu leihen.